

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesorganisation Hamburg

a.o. Landesparteitag 19.09.2015

Beschlussbuch

Überschrift	Beschlusstext	Adressat
Flüchtlingspolitik: Wir stellen uns der Herausforderung!	<p><i>-beschlossene Fassung-</i></p> <p>Flüchtlingspolitik: Wir stellen uns der Herausforderung!</p> <p>In Europa, auf Bundesebene, in Hamburg und in den Bezirken</p> <p>Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen und hier Schutz suchen, nimmt seit mehreren Jahren zu. Wurden 2012 noch rund 65.000 Asyl-Erstanträge gestellt, waren es 2013 über 109.000 und 2014 über 173.000 Erstanträge. Nach der neuesten Prognose des Bundesinnenministers wird damit gerechnet, dass in diesem Jahr bis zu 800.000 Asylbewerber nach Deutschland kommen werden – das wären etwa viermal so viele wie im Vorjahr. Und nach den letzten Wochen gibt es deutliche Anzeichen, dass auch diese Prognose deutlich überschritten wird.</p> <p>Nach dem "Königsteiner Schlüssel" nimmt das Bundesland Hamburg jedes Jahr rund 2,5 Prozent der Gesamtzahl der nach Deutschland einreisenden Asylbewerber auf. Im Jahr 2014 hat Hamburg mehr als 6.600 Flüchtlinge aufgenommen, von denen rund 6.000 in öffentlichen Unterkünften untergebracht wurden. Für das Jahr 2015 rechnet die Innenbehörde mit</p>	EP- S&D Fraktion Parteivorstand BPT Bu'Fraktion Senat Bü'fraktion SPD Bezirks-

	<p>(5) Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Griechenland die Bereiche der öffentlichen Gesundheit und Bildung aus den Sparmaßnahmen ausgeschlossen werden.</p> <p>(6) Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das deutsch-griechische Jugendwerk sich weiter entwickelt und neue Programme entworfen und unterstützt werden, die es jungen Griechen ermöglichen, sich in Deutschland ausbilden zu lassen.</p> <p>(7) Wir wollen uns dafür einsetzen, dass für Griechenland eine Wachstumsperspektive aufgezeigt wird, die es dem Land ermöglicht, sich in die Lage zu versetzen, seine Schulden langfristig zu tilgen.</p>	
<p>Verhandlungen über die Freihandelsabkommen CETA/TTIP/TISA</p>	<p>- <i>beschlossene Fassung</i> –</p> <p>Verhandlungen über die Freihandelsabkommen CETA/TTIP/TISA</p> <p>Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:</p> <p>die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments (S&D-Fraktion), der Bundesregierung, der Bundestagsfraktion und des Bundesrates werden aufgefordert, in ihrer politischen Arbeit zu vertreten:</p> <p>I. Der Beschluss des SPD-Konvents vom 20.9.2014 zum Freihandelsabkommen TTIP bleibt verbindliche Richtschnur für alle Ebenen der Partei und ist entsprechend auf die Verhandlungen zu den Abkommen CETA und TISA anzuwenden. Das gilt insbesondere für die Aussage zu den Schiedsgerichten (<i>„...in jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen, wie ‚Faire und Gerechte Behandlung‘ und ‚indirekte Enteignung‘ abzulehnen.“</i>).</p> <p>II. Die Empfehlungen des zuständigen Berichtstatters des EU-Parlaments an die Europäische Kommission (Bericht mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments an die Kommission zu den Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) (2014/2228(INI)) vom 1.6.2015, Berichtstatter Bernd Lange, MEP, S&D-</p>	<p>BPT</p>

Fraktion, DE) sind zu unterstützen, das betrifft insbesondere

1. die Forderung nach mehr Transparenz, d.h. Veröffentlichung aller politisch relevanten Verhandlungsgrundlagen vor Beratung in den Gremien,
2. im Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse die Sicherung höchster Verbraucher-, Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards; beispielsweise ist der EU-Standard, dass Babynahrung absolut frei von Pestiziden sein muss, unbedingt zu übernehmen. Hierzu bedarf es keiner weiteren Ausführungen! In der Landwirtschaft sollen künftig für die Anwendung von Pestiziden die niedrigen Grenzwerte der EU gelten. Es muss ausgeschlossen werden, dass die EU in den Verhandlungen mit den USA in den TTIP-Verhandlungen schlechtere Standards vereinbart. Für die Zulassung von Medizinprodukten werden in der EU künftig dieselben Zulassungsbedingungen wie in den USA eingeführt.
3. die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie Energie-, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, ÖPNV, Bildung, Gesundheit und Kultur, die nicht verhandelbar sind. Vertragsklauseln, die eine Rekommunalisierung einmal privatisierter Bereiche verbieten (sog. ratchet- und stand-still-Klauseln) sind auszuschließen.
4. Wir begrüßen es, wenn ein neues Instrument zum Investitionsschutz in EU-Handelsverträgen alle bestehenden Investitionsabkommen der EU und ihrer Mitgliedstaaten ersetzt, und setzen uns für Vereinbarungen für einen fairen Welthandel im Rahmen der Welthandelskonferenz (WTO) ein, unter Berücksichtigung der legitimen Interessen der Entwicklungsländer.
5. die Übernahme der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organization),
6. den Verzicht auf außergerichtliche Investor-Staatsklage-Schiedsverfahren sowie die in diesem Zusammenhang vorgesehenen einklagbaren Rechte und

	<p>7. den Verzicht auf die Einrichtung eines Regulatorischen Rates und eines so genannten „Regulatorischen Mechanismus“ vor Verabschiedung von Gesetzen in der EU und den USA.</p> <p>III. Wir halten die Positionsbestimmung der zuständigen Kommissarin Malmström – wie sie sie am 23.2.2015 in Berlin geäußert hat –, dass das CETA-Abkommen ausverhandelt und nicht mehr veränderbar sei, für falsch und insbesondere wegen ihrer Präzedenzwirkung auf TTIP für politisch gefährlich.</p> <p>Wir begrüßen, dass Sigmar Gabriel deutlich Position hinsichtlich der in Rede stehenden Schiedsgerichtsbarkeit bezogen hat, die „Schiedsgerichte der Vergangenheit seien auf heute nicht übertragbar.“ Ziel müsse ein internationaler Investitionsschutz-Gerichtshof sein. Dieses Ziel wird von uns geteilt. Allerdings muss es als langfristiges Ziel verstanden werden: Ob es nach einer Verabschiedung von CETA und TTIP durchsetzbar sein wird, hängt von künftigen multilateralen internationalen Prozessen ab, deren Ergebnisse offen sind. Da die Eigentumsrechte von Investoren aber bereits heute durch das geltende Recht und die nationalen und internationalen Gerichte geschützt werden, fordern wir die Streichung der Investitionsschutz-Schiedsgerichte und der die in diesem Zusammenhang vorgesehenen einklagbaren Rechte. Zum CETA-Abkommen in der vorliegenden, zwischen der EU-Kommission und Kanada ausgehandelten Fassung kann es andernfalls keine Zustimmung geben.</p>	
Private Investor-Staat-Schiedsgerichte verhindern (ISDS) in den geplanten Freihandelsabkommen CETA und TTIP	erledigt durch Annahme von Wirt 1	
TTIP/CETA/TISA	erledigt durch Annahme von Wirt 1	